

## N i e d e r s c h r i f t

über die. 4. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt  
am Mittwoch, 22.09.2021, um 20:00 Uhr in der Volkshalle Leihgestern

---

Bürgermeister	Herr Jörg König	
Erster Stadtrat	Herr Harald Liebermann	
Ausschussvorsitzende/r BPU	Herr Burkhard Nöh	
Ausschussmitglieder BPU	Herr Dirk Hansmann Herr Volker Heine Herr Dr. Ulrich Lenz Herr Hendrik Lodde Herr Friedel Löser	Vertreten durch Joachim Schaffer
	Frau Antje Markgraf Frau Katrin von der Decken Herr Dipl. Ing. Ulrich Weiß	
Stadtverordnetenvorsteher	Herr Fabian Wedemann	
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher	Herr Thomas Altenheimer Frau Gudrun Lang Frau Karin Lenz Herr Joachim Schaffer Herr Dr. Christof Schütz Herr Lothar Weigel	
Magistrat	Frau Petra Braun Herr Wolfgang Gath Herr Uwe Markgraf Herr Tim-Ole Steinberg Herr Gerhard Trinklein Herr Michael Wolter	
Ausländerbeiratsvorsitzender von der Verwaltung	Herr Abraham Abrahamian	
	Frau Tanja Arnold Frau Birgit Dilger-Becker Herr Michael Kauer Herr Jürgen Würz	
Protokollführer/in	Frau Anne Meerstein	
<b><u>Abwesend:</u></b>		
Ausschussmitglieder BPU	Herr Friedel Löser	

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Herr Axel Globuschütz  
Herr Manfred Leun  
Herr Dirk Schimmel

Magistrat

Frau Beatrice Trobisch

Mitglieder

Herr Nicolas Kuboscheck  
Herr Meric Uludag

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Bernd Wagner

Frauenbeauftragte

Frau Jitka Kirsch

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden / Feststellung des Protokolls
- 3 Anfrage gem. § 16 a der GO Bündnis90/Die Grünen v. 30.08.2021 – Notwendigkeit einer Spendenaktion für die Aufforstung des Stadtwaldes - Bericht Förster Sennstock
- 4 Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern  
Bebauungsplan Nr. 51 "Nördlich Breiter Weg" 1. Bauabschnitt - 5. Änderung  
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB  
Vorlage: /0020/21-26
- 5 Anpassung der Richtlinie zur Gewährung von Zuschüssen zum Bau von Solaranlagen in Wohngebäuden Drucksache 0148A/16-21  
Vorlage: /0148 A /16-21
- 5.1 Änderungsantrag der SPD- Fraktion zur Magistratsvorlage Drucksache Nr. /0148A/16-21 - FA/0014/21-26  
Vorlage: FA/0014/21-26
- 6 Antrag gem. § 12 GO CDU Linden v. 21.08.2021 - Bevorzugte Neugestaltung des Ludwigplatzes in Großen Linden im Rahmen der Umsetzung des ISEK Linden 2036 - FA/0022/21-26  
Vorlage: FA/0022/21-26
- 6.1 Änderungsantrag der SPD Linden zum Fraktionsantrag der CDU FA/0022/21-26 Bevorzugte Neugestaltung des Ludwigplatzes in Großen Linden im Rahmen der Umsetzung des ISEK Linden 2036 - FA/0027/21-26  
Vorlage: FA/0027/21-26

- 7** Antrag gem. § 12 GO Bündnis90/Die Grünen v. 21.06.2021 - Verkehrssicherheit vor Schule und Kindertagesstätten am Festplatz  
FA/0010/21-26  
Vorlage: FA/0010/21-26
- 8** Antrag gem. § 12 GO Bündnis90/Die Grünen v. 25.08.2021 - Absa-  
ge des Gewerbegebiets Pfaffenpfad - FA/0020/21-26  
Vorlage: FA/0020/21-26
- 9** Antrag gem. § 12 GO SPD Linden v. 30.08.2021 - Antrag auf Ein-  
richtung einer neuen Bushaltestelle Linien 378/379 am REWE  
Markt; Großen-Linden FA/0016/21-26  
Vorlage: FA/0016/21-26
- 10** Verschiedenes

## Öffentlicher Teil

### **Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Herr Nöh eröffnet die 4. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt und begrüßt alle Anwesenden und alle erschienen Bürgerinnen und Bürger. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

Ausschussvorsitzender Herr Nöh bedankt sich für die Mitarbeit der Stadtverwaltung für die schnelle Umsetzung der Tagesordnung.

Stadtverordneter Herr Joachim Schaffer nimmt in Vertretung des Stadtverordneten Herrn Friedel Löser teil.

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungen.

### **Zu TOP 2 Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden / Feststellung des Protokolls**

Ausschussvorsitzender Herr Nöh stellt fest, dass ihm, als Ausschussvorsitzender und der Stadtverwaltung keine Änderungen vorgelegt worden sind. Sodass darüber keine Abstimmung notwendig ist und das Protokoll ist somit genehmigt.

### **Zu TOP 3 Anfrage gem. § 16 a der GO Bündnis90/Die Grünen v. 30.08.2021 – Notwendigkeit einer Spendenaktion für die Aufforstung des Stadtwaldes - Bericht Förster Sennstock**

Die Anfrage muss nicht neu eingebracht werden, da diese bereits in der Stadtverordnetenversammlung war.

Herr Bürgermeister König teilt mit, dass der Spendenbetrag aktuell 6.600 Euro beträgt. Anhand des Spendenbetrages ist sichtbar, wie groß das Interesse in der Bevölkerung, zum Thema Klimaschutz ist. Herr Bürgermeister König erklärt, dass die schriftliche Beantwortung dieser Anfrage, zur nächsten Stadtverordnetenversammlung vorliegen wird. Es ist angedacht, dass die Kinder der Stadt bei der Pflanzung der Bäume beteiligt werden sollen, nur so kann Klimaschutz von Beginn an, sensibilisiert werden.

Herr Sennstock erklärt, wie der Spendenbetrag umgesetzt werden soll. Ferner erklärt er, dass durch die Gruppe „Wir tun was Linden“ das Projekt umgesetzt werden soll.

Er schildert, dass 2 Hektar Kahlfelder bedient werden müssen. Die Aufpflanzung soll mit Eiche, Rot- und Buche, Hainbuche, Kiefer, Lerche und Douglasie bepflanzt werden. Insgesamt werden 6150 Bäume benötigt. Davon sind 60 % Laubholz und 40 % Nadelhölzer. Die Kosten für den Kauf und den Schutz der Pflanze sowie die Einpflanzung beläuft sich auf ca. 18.000 EUR. Die aktuelle Förderrichtlinie, bietet die Möglichkeit über entsprechende Förderanträge, ca. 11.500 Euro Fördergelder zu bekommen. Es ist keine feste Zusage, es muss beantragt werden. Für die größeren Flächen soll der Förderantrag gestellt werden.

Stadtverordnete Frau von der Decken erkundigt sich, ob es der Stadt nicht möglich ist, die über den Förderbetrag hinausgehenden Kosten der Aufforstung zu übernehmen. Sie fragt explizit, wieso nicht kommuniziert wurde, dass die Stadt dafür zuständig ist.

Herr Bürgermeister König bekräftigt, dass die Stadt hier zuständig ist. Der Gedanke ist, dass das Bewusstsein der Bürger\*innen zum Thema Klimaschutz geweckt werden sollte. Der fehlende Differenzbetrag, zwischen Spendensumme und Fördersumme, wird durch die Stadt übernommen werden.

Ausschussvorsitzender Herr Nöh erklärt, dass hierzu noch eine schriftliche Darlegung erfolgt.

Stadtverordnete Frau Lang teilt mit, dass die NABU Jugend vor einiger Zeit auch eine solche Aktion durchführen wollte, allerdings wurde dort keine Chance gelassen, sich zu betätigen.

Ausschussvorsitzender Herr Nöh verweist darauf, dass diese Anfrage nicht Bestandteil der Anfrage der Bündnis90/Die Grünen ist. Herr Nöh verweist Frau Lang auf die Möglichkeit, eine solche Anfrage für die nächste Sitzung zu stellen.

**Zu TOP 4 Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern  
Bebauungsplan Nr. 51 "Nördlich Breiter Weg" 1. Bauabschnitt - 5. Änderung  
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB  
Vorlage: /0020/21-26**

Herr Bürgermeister König erklärt, dass es sich hierbei um die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens handelt, welches benötigt wird, um die gesamt anfallenden Wassermengen so zu entsorgen.

Das Planungsbüro Fischer, welches durch die Herren Röttger und Kropp vertreten wird, erhält hier das Wort und erläutert anhand einer Präsentation das Erfordernis der Bauleitplanung sowie die damit verbundenen Auswirkungen natur- und artenschutzrechtlicher Art.

Zu den daraufhin sich ergebenden Themen Abwasserbecken, Trennsystem, Mischwasserbecken, Mischwasserentlastung, Verbesserung des Verschmutzungsgrads des Schafbachs, Entfernen der Abwasserablagerungen, Ableiten des Schmutzwassers zu Kläranlage Gießen, Auslegung für 5-jährige Regenereignisse, etc. wurde Herr Bothe vom Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke zu Wort gebeten.

Er erläutert daraufhin, dass bei Starkregenereignissen eine Einleitung von Mischwasser in den Schafbach erfolgt. Ziel der geplanten Maßnahme ist nun die Reduzierung des Schmutzwasseranteils des Mischwassers von bisher 12 % auf zukünftig 2 %.

Dies wird durch den Bau eines Verbundbeckens sichergestellt. Das Verbundbecken besteht aus einem Volumenbecken (Beton unterirdisch) mit einem Volumen von 2.000 m<sup>3</sup>, einem Drosselbecken in Erdbauweise mit einem Volumen von ebenfalls 2.000 m<sup>3</sup> sowie einem Pumpwerk. Das Verbundbecken erhält einen Notüberlauf in den Schafbach.

Die Präsentation wird im Nachgang der Niederschrift beigelegt.

Herr Bürgermeister König erklärt, dass damals ein Entlastungsbauwerk nicht vorgesehen war. Das RP hat vorgegeben, dass ein Entlastungsbauwerk geschaffen werden soll. Damals wurden die Anforderungen geändert und erfüllt. Danach haben sich die Richtlinien geändert.

Ausschussvorsitzender Nöh bittet um Abstimmung. Es erfolgt einstimmiger Beschluss.

**Zu TOP 5 Anpassung der Richtlinie zur Gewährung von Zuschüssen zum Bau von Solaranlagen in Wohngebäuden Drucksache 0148A/16-21  
Vorlage: /0148 A /16-21**

**Zu TOP 5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Magistratsvorlage Drucksache Nr. /0148A/16-21 - FA/0014/21-26  
Vorlage: FA/0014/21-26**

Stadtverordneter Herr Lodde trägt die Vorlage vor und verdeutlicht den wichtigen Fokus der Förderung der Batterien. Er teilt mit, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion mitgetragen wird.

Herr Lodde teilt mit, dass alle Förderungsrichtlinien validiert werden sollen. Er bittet um Bekanntgabe, sobald Änderungen der Förderungsrichtlinien von Bund und Land bekannt werden.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz erkundigt sich bei der SPD-Fraktion, welche Form der Berechnung wurde angestellt wurden ist. Er weist außerdem daraufhin, dass die Satzung in Bezug auf die Formu-

lierung des Widerrufsrechts und der Rückerstattung nicht ganz eindeutig ist. Derzeit ist in der Satzung nicht geregelt, was passiert, wenn die Solaranlage abgebaut wird – wird die Förderung dann zurückgefordert. Die Satzung muss hier angepasst werden.

Stadtverordneter Herr Hansmann erklärt, dass geprüft wurde, wie sich die Kosten entwickeln. Daher mussten die Fördersummen entsprechend angepasst werden.

Stadtverordneter Herr Weiß erfragt, in Bezug auf den förderungsberechtigten Personenkreis wie mit der Situation umgegangen wird, wenn die Dachfläche an eine dritte Person vermietet wird.

Frau Dilger-Becker erklärt, dass sie gemeinsam mit Herrn Kauer die Richtlinie überarbeitet hat. Sie weist darauf hin, dass gestrichen wurde, dass die Mehrwertsteuer bei den Photovoltaikanlagen nicht förderfähig ist. Die förderungsberechtigten Personen wurden aus den alten Vorlagen übernommen, mit.

Stadtverordneter Herr Schaffer äußert seine Bedenken zu dem Änderungsantrag der SPD. Er weist darauf hin, wenn der Fördertopf einmal ausgeschöpft ist, dann ist die Förderung auch ausgeschöpft. Wenn die Förderung durch die SPD erhört wird, heißt dies um Umkehrschluss, dass weniger Personen Förderung erhalten können.

Frau Dilger-Becker gibt zu verstehen, dass es auf die Höhe des Gesamtbetrages ankommt.

Ausschussvorsitzender Herr Nöh verweist auf die Förderrichtlinien.

Stadtverordneter Herr Lodde erklärt, dass 30.000 Euro Fördersumme eingestellt sind, mit 3 verschiedene Finanzierungsformen. Er fordert den Magistrat auf, an die Stadtverordneten heranzutreten, sobald deutlich wird, dass die Fördersumme ausgeschöpft ist. Da dann mehr Budget anzufordern ist. Herr Lodde, teilt mit, dass die PV-Richtlinie geändert werden soll. Der Eigentümer eines Hauses/des Grundstücks ist antragsberechtigt. Sodass über einen Mietvertrag auch über die Richtlinie betroffen sein wird.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz betont, sollte absehbar sein, dass die Bereitschaft der Bürger\*innen zum Einbau einer PV sehr hoch ist, es eine politische Entscheidung geben wird, die Fördersumme zu erhöhen. Hauptziel ist hier die Erreichung des Klimaziel. Bürger\*innen sollen motiviert werden, den Solarstrom zu nutzen.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz betont, wenn absehbar ist, dass die Förderungswilligkeit sehr hoch ist, dann wird es eine politische Entscheidung werden, dass die Fördersumme erhöht. Hauptziel ist hier die Erreichung des Klimaziel.

Stadtverordneter Herr Weiß verdeutlicht, dass die Person, die die Anlage bezahlt, Anspruch auf den Zuschuss hat.

Stadtverordneter Herr Dr. Lenz betont, dass die Satzung verabschiedet werden soll und nach einem halben Jahr der Magistrat / die Verwaltung Rückmeldung gibt, wie das zurückliegende Prozedere gelaufen ist.

Ausschussvorsitzender Herr Nöh übergibt den Ausschussvorsitz an Herrn Heine.

Herr Nöh übernimmt das Rederecht. Er bekräftigt den Vorschlag von Herrn Dr. Lenz. Bittet diesen Antrag erst einmal auf den Weg zu bringen und wir müssen dann nach und nach prüfen, wie es weiterläuft.

Ausschussvorsitzender Herr Heine übergibt den Ausschussvorsitz wieder an Herrn Nöh.

Ausschussvorsitzender Nöh bittet um Abstimmung und um Handzeichen über den vorliegenden Änderungsantrag.

Es ergeht folgende Abstimmung:

Ja Stimmen – 8

Nein Stimmen – 1

Enthaltung – Keine

Somit wird der der Änderungsantrag wird in den Hauptantrag mit aufgenommen.

Ausschussvorsitzender Nöh bittet um Abstimmung und um Handzeichen über den Hauptantrag.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf Empfehlung des Magistrats, die Förderrichtlinien gemäß beiliegenden Vorschlägen zu ändern.

Es ergeht folgende Abstimmung:

Ja Stimmen – 8

Nein Stimmen – 0

Enthaltung – 1

Somit ergeht einstimmige Beschlussempfehlung.

**Zu TOP 6 Antrag gem. § 12 GO CDU Linden v. 21.08.2021 - Bevorzugte Neugestaltung des Ludwigplatzes in Großen Linden im Rahmen der Umsetzung des ISEK Linden 2036 - FA/0022/21-26**

**Vorlage: FA/0022/21-26**

**Zu TOP 6.1 Änderungsantrag der SPD Linden zum Fraktionsantrag der CDU FA/0022/21-26 Bevorzugte Neugestaltung des Ludwigplatzes in Großen Linden im Rahmen der Umsetzung des ISEK Linden 2036 - FA/0027/21-26**

**Vorlage: FA/0027/21-26**

Stadtverordneter Joachim Schaffer befürwortet die Neugestaltung des Antrages. Die Neugestaltung des Ludwigsplatzes soll vor allem die Attraktivität für die ältere Generation steigern. Herr Schaffer betont, dass er die Eintragung im Änderungsantrag der SPD bzgl. der Handhabung der Pflege dieser Einrichtungen vermisst.

Ausschussvorsitzender Herr Nöh übergibt den Ausschussvorsitz an Herrn Heine.

Herr Nöh schlägt vor, dass der Antrag umgestaltet werden soll. Städteplaner sollten hinzugezogen werden, der dem Ausschuss erläutert, was möglich ist und welche Kosten da auf die Stadt zu kommen.

Herr Nöh schlägt vor, den Antragstext wie folgt zu ändern:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob im Rahmen der anstehenden Planung und Umsetzung von Einzelmaßnahmen zur Umsetzung des ISEK Linden 2036 als bevorzugtes Ankerprojekt eine Aufwertung des Ludwigsplatz in Großen-Linden möglich ist. In die Prüfung ist der Änderungsantrag der SPD einzubeziehen.

Ausschussvorsitzender Herr Heine übergibt den Ausschussvorsitz wieder an Herrn Nöh.

Stadtverordnete Frau von der Decken gibt zu bedenken, dass aktuell die ökologische Expertise fehlt. Die Artenvielfalt zu fördern und die ökologischen Gesichtspunkte zu fördern.

Stadtverordnete Herr Dr. Schütz, Herr Lodde und Herr Hansmann bekräftigten den Vorschlag des Ausschussvorsitzenden.

**Beschlusstext:**

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob im Rahmen der anstehenden Planung und Umsetzung von Einzelmaßnahmen zur Umsetzung des ISEK Linden 2036 als bevorzugtes Ankerprojekt eine Aufwertung des Ludwigsplatz in Großen-Linden möglich ist. In die Prüfung ist der Änderungsantrag der SPD einzubeziehen.

Ausschussvorsitzender Nöh bittet um Abstimmung für die Beschlussempfehlung und um Handzeichen.

Ja Stimmen – 9  
Nein Stimmen – Keine  
Enthaltungen – Keine

Somit ergeht einstimmige Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.

**Zu TOP 7 Antrag gem. § 12 GO Bündnis90/Die Grünen v. 21.06.2021 - Verkehrssicherheit vor Schule und Kindertagesstätten am Festplatz FA/0010/21-26  
Vorlage: FA/0010/21-26**

Stadtverordnete Frau von der Decken erklärt, dass der Antrag wieder eingestellt wurde, da aktuell das Problem stagniert ist. Sie gibt auch zu bedenken, dass das dahinterstehende Konzept fehlt. Die Bewohner der Pauluswiese kollidieren jeden Morgen mit den Hol- und Bringe Wege der Kinder.

Herr Bürgermeister König teilt noch einmal die Erklärung der gestrigen JSSK Ausschusssitzung mit. In der Fachbereichsleiter Tim Schneider mitteilte, dass dort noch einmal geprüft wird, wie dieses Problem schnellstmöglich behoben werden kann. Herr König verweist auf seine Aussage in der letzten Stadtverordnetenversammlung, dass der LKGI beabsichtigt einen Anbau zu tätigen. Die Stadt soll hier umgehend Bescheid (spätestens KW39) bekommen, welches Konzept der LKGI fahren wird. Dann soll die Planung entsprechend umgehend angepasst werden.

Stadtverordneter Herr Schaffer betont, die dringende Notwendigkeit des Antrages. Er möchte gern den Antrag um die Burgschule erweitern, da dort die gleichen Probleme vorherrschen.

Ausschussvorsitzender Herr Nöh erklärt, dass wenn der Antrag im Geschäftsgang bleibt, dies dem Antrag hinzugefügt werden kann.

Fachbereichsleiter Herr Würz erklärt, dass hier ein kombiniertes Konzept erstellt wird. Die Feuerwehr muss erweitert werden, aufgrund räumlicher Situation. Evtl. muss dort noch ein Spielplatz gebaut werden. Die Einfahrt muss erweitert werden. Der ÖPNV muss berücksichtigt werden. Ein Mobilitätskonzept ist geplant. Sobald die Absprache mit der Schule erfolgt ist, wird die Stadt die Leistungen bzw. das Gutachten ausschreiben. Hierbei wird sie durch die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH aus Wiesbaden unterstützt.

Stadtverordneter Herr Dr. Schütz betont, dass das Problem zeitnah und dringend gelöst werden muss. Er fordert von Bürgermeister Herr König, dass die Stadt dort dahinter her bleibt.

Ausschussvorsitzender Herr Nöh erklärt, dass der Antrag im Geschäftsgang bleibt und automatisch auf die Tagesordnung der nächsten BPU-Sitzung gesetzt wird.

**Zu TOP 8 Antrag gem. § 12 GO Bündnis90/Die Grünen v. 25.08.2021 - Absage des Gewerbegebietes Pfaffenpfad - FA/0020/21-26  
Vorlage: FA/0020/21-26**

Ausschussvorsitzender Herr Nöh erklärt, dass für diesen Antrag vorgesehen war, die zuständige Sachbearbeiterin des RP in dem Ausschuss sowie einen Vertreter der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises zur Sitzung einzuladen. Beide Personen befinden sich zum Zeitpunkt der Sitzung im Urlaub.

Herr Bürgermeister König erklärt zur Ausweisung des Gewerbegebietes, dass die Regionalversammlung am 23.09. zwar über den Regionalplanentwurf sowie die über Einleitung des Beteiligungsverfahrens beschließen wird, allerdings nach der sich anschließenden finalen Beschlussfassung über den Regionalplan erst den Flächennutzungsplan fortgeschrieben und einen Bebauungsplan aufstellen muss. Er ist somit jetzt nicht endbeschlossen. Die Streichung der Gewerbefläche sollte wohl überlegt sein, denn hierdurch wird mögliches Gewerbesteuerpotential ausgeschlossen. Ferner ist bei einer Streichung der Fläche eine nachträgliche Wiederaufnahme in den Regionalplan sehr zeitaufwendig.

Stadtverordneter Herr Altenheimer erklärt zwei Ergänzungen zur Aussage des Bürgermeisters. Es geht hier nur um den Entwurf, der von der Regionalversammlung beschlossen werden soll. Dieser wird auch vor der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Selbst wenn es heute zur Abstimmung käme, ist die Entscheidung für diesen Entwurf zu spät. Das Gewerbegebiet hat überregionale Tragweite.

Stadtverordneter Herr Heine betont, dass bereits ein Antrag der SPD im Geschäftsgang ist, wo der Flächennutzungsplan neu aufgestellt werden muss. Herr Heine erkundigt sich, wieso die der Antrag der SPD hier nicht weiterverfolgt wurde.

Herr Bürgermeister König erklärt, dass erst der Regionalplan beschlossen sein muss. Erst danach kann die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes erfolgen.

Stadtverordnete Frau von der Decken verweist auf die strategische Umweltprüfung.

Ausschussvorsitzender Herr Nöh übergibt den Ausschussvorsitz an Herrn Heine.

Herr Nöh schlägt vor, den Antrag im Geschäftsgang zu lassen und dann die Expertise des RP und der Stabsstelle des Landkreises abzuwarten.

Ausschussvorsitzender Herr Heine übergibt den Ausschussvorsitz wieder an Herrn Nöh.

Stadtverordnete Frau Lang teilt mit, dass der Antrag völlig korrekt ist. Der Antrag soll abgestimmt werden. Der Flächennutzungsplan muss neu entwickelt werden.

Herr Bürgermeister König verdeutlicht erneut, darüber nachzudenken, da die Erschließung der Gewerbeflächen auch viele Einnahmen bedeutet.

Ausschussvorsitzender Herr Nöh erklärt, dass der Antrag im Geschäftsgang bleibt und mit Einladung der beiden vg. Vertreter des RP und der Stabsstelle Wirtschaftsförderung in der nächsten Sitzung des BPU-Ausschusses erneut aufgerufen wird.

**Zu TOP 9 Antrag gem. § 12 GO SPD Linden v. 30.08.2021 - Antrag auf Einrichtung einer neuen Bushaltestelle Linien 378/379 am REWE Markt; Großen-Linden FA/0016/21-26  
Vorlage: FA/0016/21-26**

Ausschussvorsitzender Herr Nöh teilt mit, dass sich der Planungsleiter der VGO aktuell im Urlaub befindet. Der Stadtverwaltung wurde fernmündlich mitgeteilt, dass die Einrichtung einer Bushalte nicht problematisch ist. Ist nur noch die Frage der Ausgestaltung

Ausschussvorsitzender Herr Nöh teilt mit, dass der Antrag im Geschäftsgang bleibt und der Planungsleiter des VGO in einer nächsten BPU-Sitzung angehört werden soll.

**Zu TOP 10 Verschiedenes**

Hierzu gibt es keinerlei Wortmeldungen.

Ausschussvorsitzender Nöh bedankt sich bei allen Anwesenden und beendet die Sitzung um 22:02 Uhr.

.....  
Vorsitzender Burkhard Nöh

.....  
Protokollantin Anne Meerstein